

Motion Fraktion SP (Michael Sutter/Ingrid Kissling-Näf, SP): Harmonisierung der Parkgebühren in der Berner Altstadt

In der Berner Altstadt unterliegen die Parkgebühren erheblichen Unterschieden. So gelten in den Parkhäusern mit rund 4.00 Franken pro Stunde (tagsüber) deutlich höhere Tarife als in den Gassen der Altstadt mit 2.20 Franken pro Stunde. Dies führt nicht nur zu zusätzlichem unerwünschtem Suchverkehr in der Altstadt; in Verbindung mit dem unübersichtlichen Parkierregime und der teils unklaren Signalisation in der unteren Altstadt fördern die unterschiedlichen Parkgebühren wohl auch das weit verbreitete unerlaubte Parkieren.

In der Berner Altstadt ist der Platz begrenzt und der Nutzungsdruck auf den öffentlichen Raum sehr hoch. Die exklusive Nutzung dieses begrenzten Raums als Parkplatz für Motorfahrzeuge muss deshalb angemessen abgegolten werden. Mit einer Erhöhung der Parkgebühren für oberirdische Parkplätze in der Berner Altstadt – mindestens auf das Niveau der Tarife in den Parkhäusern – können die erwähnten Fehlanreize beseitigt und das Parkierregime vereinfacht werden. Das Ziel muss sein, dass möglichst viele Fahrzeuge in den Parkhäusern und nicht oberirdisch abgestellt werden. Dadurch wird auch das Erscheinungsbild des UNESCO-Welterbes attraktiver.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert, die Parkgebühren in den Gassen der Altstadt mindestens auf das Niveau der Tarife in den Parkhäusern zu erhöhen.

Bern, 13. August 2015

Michael Sutter, Ingrid Kissling-Näf, Gisela Vollmer, Benno Frauchiger, Lena Sorg, David Stampfli, Lukas Meier, Stefan Jordi, Annette Lehmann, Nora Krummen, Marieke Kruit, Nadja Kehrl-Feldmann, Fuat Köçer, Martin Krebs, Thomas Göttin

Antwort des Gemeinderats

Auch dem Gemeinderat ist es ein grosses Anliegen, unerwünschten Suchverkehr in der Altstadt zu vermeiden. Im Rahmen der im Jahr 2012 durchgeführten Erfolgskontrolle zur Begegnungszone Untere Altstadt wurde deshalb unter anderem auch das Parkierverhalten resp. die Umsetzung des Verkehrskompromisses untersucht. Dabei wurden teilweise hohe Anteile an illegaler Parkierung festgestellt. Als Antwort darauf setzte der Gemeinderat verschiedene Massnahmen um. Diese zielten auf eine bessere Wahrnehmung der Vorschriften sowie eine klare Kommunikation der geltenden Regeln ab. Zudem umfassten diese Massnahmen auch eine Reduktion der vielen Sonderregelungen und Ausnahmen, um die Verständlichkeit zu verbessern und die polizeilichen Kontrollen zu vereinfachen (Anpassung Parkierverordnung Untere Altstadt, PVUA per 1. Juli 2014).

Die besagten Massnahmen wurden in enger Zusammenarbeit mit den Vereinigten Altstadtleisten (VAL) erarbeitet. In diesem Rahmen wurde auch über eine Erhöhung der Parkgebühren diskutiert. Die VAL lehnten diese zum damaligen Zeitpunkt mit der Erwartung ab, dass bereits aufgrund der verstärkten Kontrollen weniger Autos in den Gassen der Altstadt stehen würden und daher eine Erhöhung der Parkgebühren nicht nötig sei. Der Gemeinderat war daraufhin bereit, auf eine Erhöhung zu verzichten.

Die Höhe der Parkgebühren in der Altstadt wird in der laufenden Erarbeitung des Parkierungskonzepts für die Stadt Bern (vgl. die Antwort des Gemeinderats vom 18. Juni 2014 auf die Motion Fraktion GB/JA! (Stéphanie Penher/Franziska Grossenbacher, GB): *Parkplätze auf öffentlichem Grund um mindestens 10 Prozent reduzieren*) erneut evaluiert. Das Konzept wird zu gegebener Zeit in eine öffentliche Mitwirkung gegeben. Zudem wird demnächst eine Wirkungskontrolle in Auftrag gegeben, um zu prüfen, ob die bereits ergriffenen Massnahmen zur Umsetzung der Begegnungszone Untere Altstadt die erhoffte Wirkung erzielt haben. Aufgrund dieser noch laufenden Arbeiten lehnt der Gemeinderat eine Überweisung des vorliegenden Vorstosses als Motion ab. Er ist jedoch bereit, ihn als Postulat entgegenzunehmen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Das vom Vorstoss geforderte neue Gebührenregime (Anpassungen Reglement und Gebührenautomaten) könnte im Rahmen der bestehenden Ressourcen erfolgen. Da mit den höheren Gebühren gleichzeitig eine Abnahme der Parkierung bewirkt werden soll, ist offen, ob damit allenfalls Mehr- oder Mindereinnahmen verbunden wären.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 3. Februar 2016

Der Gemeinderat